

03.11.2014

## Aktuelle Stunde

### auf Antrag der Fraktion der PIRATEN

#### **Warum spiegeln sich die Kenntnisse des Verfassungsschutzes zur erwarteten Größe der rechten Demo in Köln nicht in einer angemessenen Gefahrenanalyse und einem entsprechenden Einsatzkonzept der Polizei wider?**

Das Einsatzkonzept der Polizei am Sonntag, dem 26. Oktober, für die Demonstration „Hooligans gegen Salafismus“ in Köln ist angesichts von 44 verletzten Polizisten bei Auseinandersetzungen mit den gewalttätigen Rechten, einem umgeworfenen Polizeibus und weiterer Übergriffe, z.B. in Zügen bei An- und Abreise der Teilnehmer, als gescheitert zu bewerten. Die Polizei war mit 1.300 Beamten gegenüber 4.000-5.000 gewaltbereiten Demonstranten in Köln deutlich unterrepräsentiert.

In der Sendung „eins zu eins. Gespräch aus Düsseldorf“ vom Mittwoch, den 29. Oktober, erklärte der Präsident des Verfassungsschutzes NRW, nicht überrascht über die Anzahl an Demonstranten gewesen zu sein. In der Tat hätte es auf der entsprechenden Facebook-Seite, auf der die Ankündigung des Termins stand, über 7.000 Anmeldungen für die Demonstration gegeben. Man sei sich auch sicher gewesen, dass eine höhere Anzahl an Hooligans in Köln auflaufen würde als die offiziell angemeldeten 1.500, voraussichtlich ca. 4.000. Weiter hieß es, der Verfassungsschutz NRW hätte die Polizei über seine Kenntnisse informiert; die Bewertung dieser Informationen obliege allerdings der Polizei. Die Beobachtung von Hooligans sei weiterhin auch nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes.

Die Polizei dagegen bewertete die Lage möglicherweise auf Basis der durch die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) vorgelegten Zahlen, deren mangelnde Aussagekraft wiederholt Thema im Innenausschuss sowie einer Anhörung war. Laut aktuellem NRW-Jahresbericht der ZIS vom 10.10.2014 soll es nur ca. 90 „rechtsmotivierte“ Hooligans der Kategorie C in NRW geben. Bundesweit wisse man nur von 400 „rechtsmotivierten“ Hooligans.

So wurde in der WDR-Sendung Westpol vom 02.11. ein Lagebericht des Polizeipräsidiums Köln zitiert, nachdem die Polizei wenige Tage vor dem Termin von gerade einmal 700 Teilnehmern ausging. Gänzlich anders stellt sich die Situation in einem Artikel des Kölner Stadt-

Datum des Originals: 03.11.2014/Ausgegeben: 03.11.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

anzeigers vom 31.10.2014 dar. Hier räumte der Einsatzleiter der Polizei in Köln, schon vier Tage vor der Demonstration mit etwa 4.000 Demonstranten gerechnet zu haben. Dieses Wissen wurde offensichtlich nicht an die Einsatzhundertschaften weitergegeben, denn während der Veranstaltung zeigte sich, dass die Polizei die Situation nicht im Griff hatte. Die Teilnehmer waren schon früh verumumt, betrunken und gewalttätig; eingesetzte Polizisten konnten nicht nachvollziehen, warum die Einsatzleitung die Versammlung erst sehr viel später auflöste.

Trotz der Angriffe gegen Anwohner und Passanten, Jagdszenen in den Seitenstraßen und Straßenschlachten in der Kölner Innenstadt bewertete Innenminister Jäger das entworfene Polizeikonzept nach den Ereignissen als positiv. Es sei „aufgegangen“ und die Lageeinschätzung sei „sehr präzise“ gewesen.

Gerade wegen der deutlich unterrepräsentierten Polizei stellt sich jedoch die Frage, was die Polizei im Vorlauf der Demonstration wusste und wie dieses Wissen in die Gefahrenanalyse und die Planung des Einsatzkonzeptes einbezogen wurde. Dies ist auch hinsichtlich angekündigter Demonstrationen der HoGeSa in Berlin und Hannover sowie weiterer etwaiger Veranstaltungen in NRW dringend geboten.

Vor dem Hintergrund dieses offensichtlichen Kommunikations- und Planungsversagens der Sicherheitsbehörden des Landes muss sich der Landtag Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde beschäftigen.

Dr. Joachim Paul  
Marc Olejak  
Frank Herrmann

und Fraktion